

Der „Lübener Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 21 Mk., Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgehaltene Pestzeile oder deren Raum 5,00 Mk., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 4,00 Mk., Realamen 25,00 Mk., Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.



Lübener Volksbote

Nummer 142.

Mittwoch, den 21. Juni 1922.

29. Jahrgang.

Bürgerliche Eiertänze.

Kritische Lage.

SPD. Berlin, 20. Juni. (Drahtbericht.)

In verschiedenen bürgerlichen Blättern wird behauptet, daß in der Frage der Getreideumlage die Hauptschwierigkeiten beseitigt seien, eine Verständigung in sicherer Aussicht stünde. Diese Behauptung ist, wie mit dem größten Nachdruck erklärt werden muß, vollkommen falsch. Natürlich kann bei dem augenblicklichen Stand der Dinge niemand sagen, daß die Verständigung nicht zustande kommen werde, die Reichstagsauflösung also unvermeidlich sei. Eine Klärung ist weder nach der einen noch nach der andern Seite hin erfolgt. Stimmungsmäßig aber hat man in diesem Augenblick eher Anlaß zum Pessimismus, als zum Optimismus.

Auch der zweite Tag der ersten Lesung im Reichstag hat gezeigt, wie stark der agrarische Einfluß in allen bürgerlichen Parteien ist. Nicht nur die Deutschnationalen hatten schon am Montag ihren Köpfe vorgeschickt, am Dienstag folgte diesem Beispiel die Deutsche Volkspartei mit Heim, die Demokratische Partei mit Trieschmann. Alle diese Redner waren Landwirte. Alle betrachteten sie die Frage der Getreideumlage nur vom Standpunkte der landwirtschaftlichen Besitzer. Fast alle sagten sie in der Debatte freudig immerzu: „Wir Landwirte.“ Zu Jordanbecks Zeiten galt es als unzulässig, im Reichstag auf den Privatberuf eines Abgeordneten anzuspielen; denn im Reichstag war der Abgeordnete eben nur „Vertreter des ganzen Volkes“, nicht Vertreter von Berufs- oder gar von eigenen Privatinteressen. Wie sehr hat sich das geändert! Stundenlang konnte man am Dienstag im Reichstag glauben, nicht in der Volksvertretung, sondern auf einer landwirtschaftlichen Woche zu sein. Gäbe es im Reichstag keine Sozialisten, so wären in dieser ganzen Debatte überhaupt nur Landwirte zu Worte gekommen.

Das beweist natürlich noch nicht, daß sich die bürgerlichen Parteien alle gegen die Getreideumlage stemmen werden. Es beweist auch noch nicht, daß im Ausschuss eine Verschlechterung der Regierungsvorlage beschlossen werden wird, die der Sozialdemokratie die Zustimmung unmöglich macht und damit die Krise heraufbeschwört. Vielleicht haben manche bürgerlichen Parteien sogar nur deshalb ihre landwirtschaftlichen Vertreter in den Vordergrund gestellt, um ihre Anhänger auf dem flachen Land bei der Stange zu halten, wenn sie sich schließlich doch zu Beschlüssen bereithalten lassen, die jenen nicht ganz passen. Gewiß wird eine Verständigung versucht werden, da rechts von der Sozialdemokratie (aber auch links) bei dem Gedanken an eine Reichstagsauflösung Heulen und Zähneklappen herrscht. Nur ob die Verständigung gelingen wird, das ist noch vollkommen ungewiß.

Der Kampf im Ausschuss wird sich voraussichtlich um die Preisfrage drehen. Die bürgerlichen Koalitionsparteien möchten gern den Landwirten für das Umlagegetreide einen Preis sichern, der den freien Marktpreis möglichst nahezu erreicht. Die Sozialdemokraten erklären dagegen, daß die ganze Umlage ihren Zweck verliere, wenn nicht zwischen Umlagepreis und freiem Marktpreis eine beträchtliche Differenz bleibt. Zur Lösung dieser Frage lassen sich kaum feststehende Zahlen aufstellen; denn wir wissen ja gar nicht, wie sich der Geldwert im Laufe des nächsten Jahres gestalten wird. Uebereinstimmung herrscht darüber, daß der Umlagepreis die Gestehungskosten decken soll, diese lassen sich aber nicht ohne weiteres feststellen. Eine Anpassung an die Geldentwertung, falls sie zu unserem Unglück weiter fortschreiten sollte, wird notwendig sein. Darüber darf man sich also nicht täuschen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion kämpft nicht dafür und kann nicht dafür kämpfen, daß das Brot, im heutigen Geldpreis ausgedrückt, billiger wird. Sie kann auch nicht erreichen, daß eine Steigerung des Markenbrotpreises, die der fortschreitenden Geldentwertung entspricht, verhindert wird. Wofür sie kämpft, was sie unter allen Umständen durchzusetzen gewillt ist, das ist nur das eine, daß ein wesentlicher Teil des Inlandgetreides zu Preisen erfaßt wird, die erheblich billiger sind als die Preise, wie sie sich auf dem freien Markt gestalten. Die der Marktentwertung entsprechende Erhöhung des Markenbrotpreises muß durch Anpassung der Gehälter und Löhne an den gestiegenen Brotpreis ausgeglichen werden. Und das auf gewerkschaftlichem Wege zu erreichen, würde wohl auch möglich sein. Wenn aber jede Hemmung fällt, dann steigen die Brotpreise mit einem Male ins Unge-

messene, und es wird nicht mehr möglich sein, ihnen durch Lohn- und Gehaltserhöhungen nochmals nachzukommen. Schwerste Verelendung und heftigste Wirtschaftskämpfe würden die weitere unermessliche Folge sein. Diesen plötzlichen Uebergang zur sogenannten freien Wirtschaft bekämpft die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion aufs äußerste, und wenn die Reichstagsmehrheit ihn offen oder verhüllt beschließen würde, dann würde die Sozialdemokratie dafür sorgen, daß das Volk selbst durch Auflösung und Neuwahlen zur Entscheidung aufgerufen wird.

So also liegen die Dinge in diesem Augenblick. Die arbeitenden Massen müssen sich selbst bereit halten, gegen die Vertreter der agrarischen Volksausbeutung eine Entscheidungsschlacht zu schlagen. Je klarer es den bürgerlichen Parteien wird, daß die Gefahr wirklich da ist, und daß sie im Falle von Neuwahlen auf einen vernichtenden Ausgang für sie zu rechnen haben, desto mehr wird der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ihre Arbeit erleichtert werden. Es gibt dann nur noch zwei Möglichkeiten, entweder eine Verständigung auf haltbarer Grundlage, oder einen guten Sieg verheißenden Kampf.

Reichstag.

230. Sitzung vom 20. Juni, 2 Uhr nachmittags.

Die Interpellation Hertz (DN.) betreffend planmäßige Sicherung der Lebenshaltung der minderbemittelten Bevölkerung soll innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden.

Hierauf wird die erste Beratung des Gesetzentwurfes über Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 fortgesetzt.

Abg. Diez (Z.): Uebereinstimmung herrscht zwischen rechts und links darüber, daß die Brotversorgung der minderbemittelten Bevölkerung gesichert werden muß. Da muß auch eine Einigung zur Erreichung dieses Zieles möglich sein. Bei der Durchführung der Umlage sind die schwersten Mißgriffe vorgekommen, besonders in der Unterverteilung. Im vorigen Herbst war in Hamburg überreicher Weizen verhältnismäßig billig zu haben. Ich weiß nicht, warum diese Gelegenheit zur Schaffung einer Reserve nicht benutzt worden ist. Die Landwirtschaft ist gern bereit, an der Sicherung der Brotversorgung und an einer Brotverbilligung für die Minderbemittelten mitzuwirken, was sie aber entschieden ablehnt, ist die Sonderbelastung. Die Landwirtschaft verlangt, daß nur die wirklich Bedürftigen billigeres Brot erhalten. Es wird zu erwägen sein, ob man die Verbilligung nicht von einem Antrage des Konjunkturamtes abhängig macht. Zu erwägen wird auch sein, ob die Arbeiterschaft dadurch zur Verbilligung beitragen kann, daß sie in der Woche eine oder mehrere Ueberstunden leistet und auf den Ueberstundenzuschlag zugunsten der Brotverbilligung verzichtet. Ferner ist zu erwägen, ob nicht für die Ablieferung eine Gegenleistung gegeben werden kann durch Erleichterung der Befreiung mit Kunstbinder, und ob nicht eine Relation geschaffen werden kann zwischen Umlagepreis und Kunstbinderpreis. Das Reich könnte auf die Umlagesteuer für Getreide, Brot und Mehl verzichten. Endlich ist ernsthaft zu erwägen, ob eine Verbilligung nicht auch dadurch herbeigeführt werden kann, daß ein Zuschlag auf marktfreies Brot eingeführt würde. Die Hauptsache aber bleibt die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion. Meine politischen Freunde behalten sich die Stellungnahme zu dem Entwurf sowohl wie zu all diesen Eingriffen vor. Nur das eine erkläre ich im voraus, daß eine Abwälzung der ganzen Last auf die Landwirtschaft allein für uns nicht in Frage kommt. Die Leidenschaft ist in der zur Beratung stehenden Frage bereits so weit gediehen, daß man mit revolutionären Maßnahmen droht. Es liegen Entschlüsse vor, die klipp und klar sagen: Wenn Ihr nicht so wollt, wie wir, so werden wir Euch als Abgeordnete den Stuhl vor die Tür setzen. Hier handelt es sich um eine Frage der Verantwortlichkeit, die nicht nach Mandatsrückichten entschieden werden darf. Soll das Deutsche Reich wirklich eine derartige Beschuldigung bestehen unter der Parole: „Gegen den Brotwucher?“ Ich warne, ein Gebiet zu berühren, das von äußerster Gefährlichkeit ist. Wir wollen im Ausschuss eine Vereinigung der Interessen herbeiführen, sind aber nicht gewillt, irgend einer Partei die Verantwortung abzunehmen. Die Verantwortung muß von der großen Mehrheit des Hauses getragen werden.

Abg. Duschke (DNp.): Die landwirtschaftlichen Organisationen, die 15 Millionen Einwohner umfassen, wünschen die Abschaffung der Getreideumlage. Allerdings haben wir bei der Einführung der Zwangsversorgung im Kriege nach bestem Glauben gehandelt. Wir treten bewußt für die Pflicht der Landwirtschaft ein, für die Ernährung des Volkes zu sorgen, aber diese Pflicht soll man nicht unnötig erschweren. Unser Standpunkt zu der Vorlage ist klar und folgerichtig; wir haben das Prinzip der freien Wirtschaft in unserm Programm und haben bei dem Steuerform-

promiß den Abbau der Zwangswirtschaft auch auf dem Gebiet der Landwirtschaft zur Bedingung gemacht. Die landwirtschaftlichen Organisationen können 3 Millionen Tonnen Brotgetreide zur Verfügung stellen. Auch wir würden es begrüßen, wenn für die Minderbemittelten das Brot verbilligt werden könnte. Wir sind dafür, daß die Besitzenden aller Berufe je nach ihrem Vermögen zu einer Verbilligung des Brotes beitragen müssen. Gegen die Umlage spricht, daß die Verbraucher von ihr bei weitem nicht den Nutzen gehabt haben wie man erwartet hat.

Abg. Trieschmann (Dem.): Die Demokratische Partei hofft, daß die Parteien sich in diesen schwierigen Dingen doch noch zusammenfinden werden. Wir Landwirte haben wohl Verständnis für die Not weiter Kreise, aber es ist seit dem Kriege zu viel Erfassungspolitik getrieben worden und zu wenig produktionsfördernde Politik. Darum ringt die Landwirtschaft nach freier Wirtschaft. Meine politischen Freunde hätten gewünscht, daß ein anderer Weg als im vorigen Jahre hätte gefunden werden können. Es wird sich fragen, ob sich vielleicht in der Ausschussberatung ein neuer Weg eröffnet. In die erste Linie stellen wir die Volksernährung, in die zweite die Preisgestaltung. Wir wünschen den möglichen Schutz der Kleinbauern. Wir hoffen, daß die Umlage, wenn sie nicht zu vermeiden ist, so gestaltet wird, daß sie für die Landwirtschaft erträglich wird.

Abg. Heidemann (DNp.): Die Vorlage hat ebenso wie die vorjährige das Ziel einer gewissen Vorratsicherung und einer Preisfesterung. Im vorigen Jahr sagte man den Bauern, die Umlage sei nur ein Uebergang und der Anfang des Abbaus der Zwangswirtschaft. Bei einer Uebergangsmäßigkeit konnte man sich im vorigen Jahre mit dem hohen Maßstab der Verteidigung abfinden, jetzt aber bei einer dauernden Einrichtung nicht mehr. Daß die Bauern Sabotage treiben, ist nicht wahr. Ich zweifle nicht daran, daß es uns gelingen wird, eine gemeinschaftliche Linie auf Grund der Gerechtigkeit zu finden. Der Preis für Getreide müßte festgesetzt werden nach den Gestehungskosten. Er wird aber nach politischen Rücksichten festgesetzt. Wenn der Landwirt nicht erhöht werden soll, muß er wenigstens so viel haben, daß er die Wirtschaft fortsetzen kann. Was ist nicht über den Segen der freien Wirtschaft prophezeit worden! Die Preise sollten zurückgehen, aber das ist doch nicht wahr! (Sehr richtig! links.) Verteilen wir doch Licht und Schatten gerecht. (Zwischenruf rechts: Baluta!) Gewiß, darin sind wir einig, der letzte Grund ist unsere Baluta. Das Umlagegesetz von 1921, das nur ein Notbehelf war, darf nicht wiederkehren. Heute haben wir dauernde Warenknappheit, der freie Handel kann uns gar nicht billig versorgen. Die Zahl derer, die sich mit dem Handel beschäftigen, wächst laminarartig. Nächstens wird nur noch gehandelt, und nicht mehr gearbeitet. Der Zwischenhandel wirkt kolossal verteuern. Das Notwendigste ist eine Verkehrsregelung durch Kontrollstellen, die den Weg verfolgen, den jeder einzelne Wagon Lebensmittel nimmt. So, wie jetzt der Ueberhandel sich auswehrt, kann es nicht weitergehen. Der Luxus an gewissen Stellen spottet jeder Beschränkung. Die Kanakillen, die man an gewissen Orten beobachtet, verdienen keine Schonung. Die Stunde ist so ernst, daß es für jeden einzelnen Menschen nur eins geben sollte: der Wille zum Helfen. (Beifall.)

Abg. Heidemann (Komm.) erklärt, die Landwirte hätten niemals so glänzende Geschäfte gemacht wie heute. Die Agrarier seien dabei, die Gegenrevolution zu organisieren und die arbeitenden Massen auszuhungern. Die Deutschnationalen seien unter der Führung des Judenstammungs v. Graefe offenbar schon so verjudet, daß sie gegen den wuchernden Getreidehandel nichts zu unternehmen wagen.

Abg. v. Graefe (DN.) bezeichnet die Behauptung, er sei ein Judenstammungs, als orientalische Phantasie und erbielte sich, dem Abgeordneten Heidemann seinen Stammbaum durch 32 Ahnen hindurch vorzulegen, um nachzuweisen, daß kein jüdisches Blut in seinen Adern sei.

Die Getreideumlage-Vorlage wird hierauf dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Die Novelle zum Gesetz über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften wird in allen drei Lesungen angenommen.

Der Schulpflichtgesetzentwurf geht an den Hauptausschuss.

Um 6½ Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch 2 Uhr. (Schließungsabkommen, Rheinland-Interpellation.)

Leichte Erhöhung der Mark.

Berlin, 20. Juni.

Der Berliner Devisenmarkt zeigte am Dienstag infolge einer günstigeren Beurteilung der politischen Lage und sichtlich der verhältnismäßig ruhigen Haltung des Garantiekomitees schwache Tendenz. Diese prägte sich noch deutlicher aus, da die Produktentbörse in Erwartung der Entscheidung über die Getreideumlage vorläufig keine Dispositionen trifft. Amtlich notierten: Kabel New York 319,50, London 1502½, Holland 12225. Am Effektenmarkt herrscht infolge der Geldknappheit Geschäftsunlust und Abgabeneigung. Man nimmt an, daß die Geldmarkterweiterung bis ultimo noch zunehmen wird. Sogar der Markt der ausländischen Anleihen, der bisher im Zeichen lebhaften Geschäftswerehrs stand, liegt im Augenblick darnieder.

Der Mißerfolg der Londoner Unterredung.

Lloyd George und Poincaré können sich immer noch nicht einigen.

London, 20. Juni.

Die gestrige Besprechung zwischen Lloyd George und Poincaré hat entgegen den ersten Meldungen nicht drei, sondern nur zwei Stunden gedauert. Die übliche vollkommene Verständigung besteht nach dem offiziellen Bericht aber nur darin, daß man übereingekommen ist, alle in Erwägung gezogenen Fragen auf weitere Besprechungen zu verschieben, zu denen Poincaré etwa gegen Ende Juli wieder nach London zu kommen hätte. Das wichtigste Ergebnis erbliden maßgebende Kreise in der Zustimmung des französischen Staatsmannes, in der Zwischenzeit keinerlei Maßnahmen gegen Deutschland eigenmächtig zu unternehmen. Im übrigen wird die Ansicht der Westminster Gazette geteilt, die sich dahin ausspricht, daß die Aussprache auch nicht in nur einem der berührten Punkte einer Lösung nähergekommen ist.

Die sogenannten „Vereinbarungen.“

London, 20. Juni.

Das Reutersche Bureau verbreitet folgenden ergänzenden Bericht zu der amtlichen Mitteilung über die Konferenz zwischen Lloyd George und Poincaré: Die britische Ansicht war, daß gegenwärtig der Augenblick schlecht gewählt wäre, sich zu bemühen, den Betrag der Verbindlichkeit Deutschlands endgültig festzusetzen, weil die Verhältnisse so ungewiß seien, daß jede jetzt gefällte Entscheidung später einen Streit herbeiführen könnte. Es wurde beschlossen, daß der nächste Schritt für die Reparationskommission darin bestehen sollte, den wirklichen Zustand der deutschen Finanzen zu untersuchen und festzustellen, ob mit Hilfe einer auswärtigen Anleihe die deutsche Regierung irgend etwas tun könnte, um durch Einschränkung der Ausgaben und Erhöhung der Steuern oder durch eine innere Anleihe das Gleichgewicht in seinem Haushalt sowie seiner Währung wiederherzustellen.

Hinsichtlich der Haager Konferenz kam man überein, daß die Aufgabe der Sachverständigen im Haag darin bestehe, in Verbindung mit den Russen praktische Mittel zur Lösung der Schwierigkeiten zu prüfen, die sich in Genua betreffend die Fragen der Schulden, des privaten Eigentums und der Kredite ergeben haben. Zwischen den britischen Ministern und Poincaré herrscht vollständige Einigkeit darüber, nach diesen Richtlinien bei der Arbeit der Haager Kommission zusammenzuarbeiten.

In der Langer-Frage wurde beschlossen, den Vorschlag der spanischen Regierung anzunehmen, wonach die drei Regierungen die Frage Ende Juli in London erörtern sollen.

Hinsichtlich der Ostfragen wurde beschlossen, die Einsetzung einer Kommission zu beschleunigen, die die gemeldeten Deportationen von Griechen in Anatolien durch die Türken sowie die Klagen und Gegenklagen der Türken und der Griechen über Massenmorde im Kriegsgebiet untersuchen soll. Auch dieses Thema soll auf der Londoner Konferenz Ende Juli weiter erörtert werden.

Die Notwendigkeit einer großen Kreditoperation.

Paris, 21. Juni.

Der „Temps“ bemerkt zu den Londoner Unterhaltungen über die Reparationsfrage: Die Kontrolle der deutschen Finanzpolitik stellt noch keine Lösung dar, sondern könne im besten Falle eine Lösung vorbereiten. Das Reparationsproblem könne nur durch eine große Kreditoperation gelöst werden. Man müsse jetzt bemüht sein, eine internationale Anleihe möglich zu machen, sonst würde der Versuch einer Kontrolle nur zu negativen Ergebnissen, nämlich zur Verhängung von Sanktionen führen, und so berechtigt und notwendig Sanktionen in gewissen Augenblicken sein mögen, sie könnten nicht das Ziel einer Politik darstellen.

Die österreichische Finanzreform.

Wien, 21. Juni.

Ueber den neuen Finanzplan der Regierung erzählt der Wiener Vertreter der Telegraphen-Union folgende authentische Informationen: Der Plan zerfällt

1. in das Problem der Erhaltung und Sanierung der staatlichen Betriebe,
2. die Sicherstellung der Monopolrenten,
3. Einführung neuer Steuern, die Erhöhung bestehender Steuern und die innere Anleihe.

Der Finanzplan verlangt die Abschaffung der Bundesbahnerrenten und deren Überführung in Privatbesitz, sowie die Abschaffung der staatlichen Industriewerke. Bezüglich des Personalabgabegesetzes verlangt der Finanzplan, daß die Regierung das Recht zur Annahme erhält, die überschüssigen Beamten gegen Entschädigung zu entlassen oder sie zu pensionieren. Tarifverhandlungen bei der Bahn, sowie auf dem Gebiete der Post, des Telegraphen- und des Telephonwesens, Erhöhungen für Tabakfabriken usw. werden in Zukunft der Verkehrsminister und der Finanzminister direkt versagen. Die neuen Steuern werden erst im Laufe freier Maßnahmen ihre Wirksamkeit erweisen können. Außer der Erhöhung der Grundsteuer, der Stempelsteuer, einer Substitutionsabgabe und Effektenumschlagener werden noch eine Reihe anderer einschneidender Steuermaßnahmen in Aussicht genommen. Die von der Regierung geforderte Anleihe ist auf den Grundbesitz angesetzt worden, die gelegentlich der Währungsreform gegeben werden wird.

Größe Streikausflüchten für Amerika.

Paris, 21. Juni.

Der „New York Herald“ berichtet, daß in Amerika der Ausbruch eines sehr bedeutenden Streiks der Eisenbahner droht. In einer geführten Verhandlung haben zehn Eisenbahnerverbände beschlossen, in keiner Weise den Arbeitern entgegenzutreten, falls diese am 1. Juli in den Zustand treten wollen, da das Arbeitsamt die Güter nur einen ganz betrüblichen Prozentsatz herabsetzen hat. Sieben weitere Verbände haben erklärt, daß für den Streik eine ganz überwältigende Mehrheit unter den Arbeitern vorliegt. Das Arbeitsamt hat eine Herabsetzung der Löhne in einer Gesamtsumme von 155 Millionen Dollar beschlossen. Der Streik würde deshalb besonders bedrohlichen Charakter an, weil die Eisenbahner, die bekanntlich von einiger Zeit die Arbeit niedersetzt hatten, bereit zu sein scheinen, die Arbeiter in ihren Forderungen zu unterstützen und in einem Syndikatsstreik einzutreten. Der amerikanische Kongreß sowie auch besonders das

Publikum sind über diese neuen Streikausflüchten sehr beunruhigt. Die „Chicago Tribune“ berichtet, daß Präsident Harding fest entschlossen sei, der Bewegung in radikaler Weise entgegenzutreten und mit allen Mitteln gegen die Ausschreitungen Stellung nehmen werde, um die Lohnherabsetzung durchzuführen.

Wendung im Moskauer Prozeß.

Bandereide, Liebknecht und Rosenfeld befinden sich, wie wir der „Freiheit“ entnehmen, auf der Rückreise von Moskau. Die Angeklagten hatten ihre ausländischen Verteidiger auf ihren von uns bereits veröffentlichten Protest hin von der Verteidigung entbunden; damit war ihre Aufgabe in Moskau erledigt. Ueber den Prozeß selbst ist bis zur Stunde weiteres Material nicht eingetroffen. Die Veröffentlichungen haben auch wenig Wert, da sie unzusammenhängend und ganz einseitig in kommunistischem Sinne beeinflusst sind. Bei dieser Gelegenheit sei übrigens erwähnt, daß die „Intel“, ein Telegraphenbureau, das von einem früheren Kommunisten eine Zeitschrift sehr geschickt und objektiv geleitet wurde, plötzlich von der Bildfläche verschwand, kurz vor Beginn des Moskauer Prozesses als rein kommunistisches Unternehmen wieder auftauchte.

Die deutschen Rohstofflieferungen und das Garantiekomitee.

Berlin, 21. Juni.

Der Reichskohlenkommissar Dr. Stutz hatte am Montag nachmittag bereits eine Besprechung mit den Mitgliedern des Garantiekomitees wegen der Rückstände der deutschen Rohstofflieferungen. Das belgische Mitglied des Garantiekomitees Bemeimann erklärte, daß die Rückstände nur etwa 8 Prozent betragen. Es wurde vereinbart, daß in weiteren Verhandlungen ein Weg gefunden werden soll, um die rückständigen Lieferungen so schnell als möglich auszugleichen.

Die Neuordnung Oberschlesiens.

WBS. Dppeln, 20. Juni.

Der Einzug der deutschen Truppen in die Kreise Kreuzburg und Oberglogau, die der deutschen Regierungsgewalt wieder unterstellt sind, ist heute vormittag erfolgt. Die Reichswehrtruppen wurden von der Bevölkerung fürnehmlich begrüßt. In Kreuzburg ist ein Infanterie-Bataillon eingezogen. Ein Reichswehregiment und eine halbe Batterie Feldartillerie sind im Kreise verteilt worden. Die Schutzpolizei versteht bereits den Ordnungsdienst.

51ster deutscher Gewerkschaftskongreß.

SPD. Leipzig, 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

In der Nachmittags-Sitzung am Montag

wurden die Schriftführer gewählt. Ein Antrag Neudorffs von Berlin je einen Schriftführer aus allen drei Richtungen zu wählen, wurde abgelehnt. Bei der Beratung der Geschäftsordnung ergibt sich eine lebhafteste Debatte über den Nachtrag des Bundesauschusses, und zwar darüber, die zur Unterstützung eines Antrages auf ramentliche Abstimmung nötigen Delegierten von 50 auf 100 zu erhöhen. Niederfischer lehnt den Antrag ab. Dikmann (Metallarbeiter) warnt vor einer der Kommunisten und bittet, es bei 50 zu belassen, im Höchstfalle aber die Zahl auf 75 zu erhöhen. Bren (Fabrikarbeiter) weist gegenüber Dikmann darauf hin, daß im Bundesauschuss bei Beratung dieses Antrages niemand von einer der Kommunisten gesprochen habe, und bittet um Annahme des Ausschussantrages. Ein Antrag, es bei 50 Delegierten zu belassen, wird mit 325 gegen 228 Stimmen abgelehnt. Mit 335 Stimmen gegen 304 wird der Antrag des Bundesauschusses angenommen. Mit dieser Aenderung wird die Geschäftsordnung genehmigt.

Bei Beratung der Anträge zur Tagesordnung erklärt Leipart, daß es wünschenswert sei, die Tagesordnung zu erweitern, die Zeit es aber kaum möglich mache. Zum Geschäftsbericht erhält er ein Redner aller drei Richtungen eine verlängerte Redezeit von einer Stunde. Zur Tagesordnung „Organisationsform und Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftsräte“ Simon und Schumacher als Korreferent.

Dann erhält Leipart das Wort zum

Geschäftsbericht des Bundesvorstandes.

den er mit einem brüderlichen Abschiedsgruß an die scheidenden Oberschlesier beginnt. Auch in ihrer neuen Heimat würden die Arbeiter ihre gewerkschaftlichen Pflichten erfüllen. Ergänzend den gedruckten Bericht, führt Redner aus, daß er kein Wort sagen wolle zu den Anträgen auf Befreiung des Vorstandes und in denen Ergänzung durch einen besseren Vorschlag. Notwendig sei es aber, einzugehen auf die Anträge, die dem Vorstand vorgelesen, beim Eisenbahnerstreik das Kleinstenbestehen verloren zu haben, und die ihm besorgten ein Mißtrauen aussprechen. Es sei die Frage zu stellen, wie es nachher mit der Solidarität der Beamten gegenüber den Arbeitern gemein sei. Der Beamtenbund habe das Bündnis, das ihm der IOGB angeboten habe, abgelehnt. Man habe dann versucht, zwischen den Eisenbahnern des Beamtenbundes und denen des IOGB ein Bündnis zu schließen, aber auch das hätte die Beamtenorganisation abgelehnt. Dann sei der Streik gekommen, der proklamiert wurde, ohne daß die Verhandlungsmöglichkeiten erloschen wären. Ein Eisenbahnerstreik sei nicht mit einem andern zu vergleichen. Seine Folgen für die ganze Arbeiterschaft seien so schwer, daß der Bundesvorstand gläubig verpflichtet zu sein, zu sagen, daß die Eisenbahner den Streik nur als äußerstes Mittel anwenden dürften. Die Verletzung der gewerkschaftlichen Grundzüge und die Mißachtung der Arbeiterschaften könne man nicht ruhig hinnehmen. Der IOGB warte darauf immer, daß die gewerkschaftlichen Kampfmittel nicht in Mißbrauch kommen. Die Eisenbahner hätten durch diese Frage das Streikrecht gefährdet, das der Gewerkschaftsbund schützen werde. Seine Maßnahmen seien erfüllt in vollem Einverständnis mit den bei ihm organisierten Eisenbahnern. Der Verband habe nur seine Pflicht getan, die der Bundesvorstand auch erfüllen mußte. Danach hätte er die Verantwortlichkeit abzugeben müssen. Bündnis zu zeigen für die Lage, in der sich die Arbeiterschaft und die Beamten befinden. Die meisten seiner Vorschläge zur Schaffung einer Besserung seien abgelehnt worden. Darum gebe es für die Arbeiterschaft kein anderes Mittel, als aus der tatsächlichen Not, und nicht aus Übermut heraus immer neue Forderungen zu stellen. Trotz aller Vorkerbungen habe sich die Lage der Arbeiterschaft immer mehr verschlechtert. Man erwarte eine Verlängerung der Arbeitszeit zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Alle Kapitalräuber und Anführer gegen den Arbeiterstreik müssen von dieser Stelle aus energig zurückgewiesen werden. Jeder gibt es auch Sozialdemokraten, die einträgen in des Schlagwort von der gemeinsamen Anwendung des Achtstundentages. Zu ihrer

Die „Republik“ Bayern.

SPD. München, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Die unter Mitwirkung von Reichswehr, Polizei und Beamtenchaft unentwegt fortgeführte monarchistische Hege in Bayern hat die bayerische Sozialdemokratie zu neuen Barzuren veranlaßt. In Passau hatte die Reichswehr anlässlich des Garnisonfestes der bayerischen Kronprinzen eine Ehrenwache gestellt, in Bad Kissingen hatten die Unteroffiziere des Reichsmehregiments Nr. 1 zu Ehren des Prinzen Alfons eine Parade in Parade-Uniform des alten Regiments geritten. Die „Bayerische Staatszeitung“ veröffentlicht fast täglich Berichte über die Privatleben Wittelsbacher Prinzen zu Jagden, Dinners und Regimentsfeiern.

Auf der anderen Seite wird in Versammlungen und auch in der Presse zum Kampf gegen die Republik und deren Repräsentanten aufgerufen. Der „Miesbacher Anzeiger“ widmet dem Reichspräsidenten anlässlich seines Münchener Besuches einen Nachruf, indem er unter Heranziehung eines Vergleichs zwischen dem Heusch des Genossen Ebert und dem Besuch des Erzherzogs Franz Ferdinand in Sarajewo, bei dem dieser bekanntlich ermordet wurde, mit wenig verhüllten Worten zur Gewalttat gegen den „Berliner Reichsvoat“ auffordert. In einer zum Protest gegen die schwarze Schmach einberufenen Massenversammlung war ebenfalls von einem Teilnehmer zum Mord an dem Gehobenen Ebert aufgerufen worden. Die Demonstranten der Versammlungen waren unter Abführung nationalsozialistischer Vlieder zum Hotel der Entente-Kommission gezogen. Wie die „Münchener Post“ mitteilt, forderte die Sipo selbst zum Totschlag an den Ententeoffizieren auf und tat alles, um einen Gewaltakt zu begünstigen. Die „Augsburger Abendzeitung“ verhält sich in ähnlichem Sinne.

Gegen alle diese bedrohlichen Ausschreitungen und deren Begünstigung durch den oberbayerischen Regierungspräsidenten von Rahr protestierte die Generalversammlung der sozialdemokratischen Partei in einer Entschiedenheit, in der es heißt: „Das an Hochverrat grenzende Eintreten für die Wiederaufrichtung der Monarchie hat Herr v. Rahr, als ein auf die reichsstaatliche Verfassung vereidigter Beamter, das Staatsverbrechen, als Freitakt der politischen Gesinnung gräßlich mißbraucht. Wir fordern die bayerische Regierung auf, zum Schutz des Freistaates Bayern gegen Herrn v. Rahr ungenügend das Erforderliche zu veranlassen. Wir erklären, daß wir nicht gewillt sind, die unter der Maste vaterländischer Trauerkundgebungen abgehaltenen Generalsproben zu staatsfeindlichen Untertanen unter Aufmarsch der reichsgesetzlich aufgelösten Einwohnerehrer vor republikanischen Behörden auf unbestimmte Zeitdauer geduldi hinzunehmen. Wir werden die deutsche Republik mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen wissen.“

In Innsbruck fand unter starker Beteiligung bayerischer Verbände der „Andreas-Hofer-Tag“ statt, der sich zu einem großen Aufmarsch der monarchistischen Reaktion entwickelte. In zahlreichen Reden wurde die Wiederaufrichtung der Monarchie in Bayern gefordert.

Entschuldigung möge dienen, daß es immer Arbeiter gegeben hat, die da glauben, eine längere Arbeitszeit sei besser, weil sie dadurch mehr Geld verdienen. Das ist aber keine volkswirtschaftliche Entschuldigung, sondern ein Mangel an Verständnis für die Interessen der Arbeiterklasse. Die Gewerkschaften seien eingetreten für die Erfüllungspolitik, aber sie seien nicht gewillt, soziale Forderungen zurückzustellen. Sollte sich erweisen, daß Deutschland bei Zuneigung des Achtstundentages seine Reparationspflichtungen nicht erfüllen könne, dann müßten eben diese herabgesetzt werden. Dem Achtstundentag drohe auf dem Umwege über die Verlängerung der vereinbarten Sechsendvierzigstundentage eine ernste Gefahr. Der letzte Kampf der süddeutschen Metallarbeiter habe das wieder erneut bewiesen. Die Arbeiterschaft dürfe auf keinen Fall im Interesse eines früheren Sonnabend-Feierabends an den übrigen Wochentagen länger als 8 Stunden arbeiten. Leipzig geht dann auf die Vorwürfe bezüglich der zehn Punkte ein und stellt fest, daß in der Kritik eine gewisse Anerkennung liegt, die ein starkes Vertrauen zur sachlichen Überlegung des Bundes befunde. Auch der neue Bundesvorstand dürfe nur solche sachlich begründeten Forderungen aufstellen. Die zehn Punkte seien die notwendige Antwort auf das Kreditangebot der Industrie und auf deren Forderung nach der Privatierung der Eisenbahn und der übrigen Reichsbetriebe. In dieser Beziehung hätten die zehn Punkte einen Erfolg gehabt. Der Vorstoß der Industrie sei abgeschlagen. Für die Gewerkschaften sei die Forderung nach Einigung kein Schlagwort; sie halten vielmehr fest an ihrem Nürnberger Beschluß. Nunmehr werden die Gewerkschaften genötigt, sich mit den politischen Tagesordnungen zu beschäftigen. Sie hätten aber keineswegs die Absicht, die politischen Parteien zu erlegen.

Mit dem Gehang der Arbeitermarzelleise nach Leiparts mit lebhaftem Beifall ausgenommenen Ausführungen verlagte sich der Kongreß auf Dienstag vormittag.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Sitzung wird mit einer Begrüßungsansprache des Vertreters der französischen Internationale, Jouhaux, eröffnet. In temperamentvoller Weise führt er folgendes aus: Es sei ihm eine besondere Freude, zum ersten Male nach dem Kriege mit dem Teil des internationalen Proletariats in Fühlung zu kommen, der seit jeher die sicherste Stütze der Demokratie war. Das sei die Bestätigung des Versprechens, das sich die Vertreter der französischen und deutschen Arbeiter in den beiden letzten Jahren in kleinen Konferenzen gaben. Dieser Kongreß sei ein feierlicher Augenblick. Militarismus und Imperialismus dürften niemals wieder Gelegenheit bekommen, einen Krieg zu entfesseln. Die Arbeiterschaft der Welt habe nicht nur das Recht auf Leben, sondern auch das Recht, der heutigen Gesellschaft ihren Willen aufzuzwingen. Gegen Krieg und Militarismus steht heute nur das Proletariat. Der Zusammenschluß der deutschen und französischen Arbeiter ist die notwendige Voraussetzung für einen bleibenden Frieden. Mit einem Hoch auf die sozialistische Internationale schloß seine mit stürmischem Beifall aufgenommene Rede.

Der Vorsitzende Reichelt unterstrich diese Ausführungen mit der Erklärung, das deutsche Proletariat sei entschlossen, alles zu tun, den festen Zusammenschluß der Arbeiter auf beiden Seiten zu erreichen und dann den Weltfrieden zu sichern.

Der Kongreß tritt dann in die Debatte über den Geschäftsbericht ein.

Als erster Redner spricht Bacher (Metallarbeiter) als Vertreter der Kommunisten. Er beschäftigt sich mit der ungeheuren Teuerung, geht dann auf das Anwachsen der Reaktion ein und hält es für die Pflicht der Internationale, den Kampf gegen sie aufzunehmen und neue Gefahren für das Proletariat abzuwehren. Zweck kritisiert er die „Betriebsräte-Zeitung“ und die Haltung des Bundesvorstandes gegenüber dem Wiesbadener Abkommen, zu dessen Durchführung er nichts getan habe. Die Erfüllungspolitik der Gewerkschaften, namentlich die Haltung verschiedener Sozialisten zu dem Achtstundentag bringt diesen in große Gefahr. Im Zusammenhang mit der Erfüllungspolitik stehe die Steuerpolitik des Bundesvorstandes, die nicht dazu angeht, zu verhindern, daß die großen Lasten auf die Arbeiterschaft abgemälzt werden. Auch auf internationalem Gebiet habe der Bundesvorstand verlagert.

Vom deutschen Adel.

Von Dr. Werner Peifer.

Die Republik hat Orden- und Ehrenzeichen abgeschafft; sie hat den Adel nicht beseitigt. Der deutsche Adel ist nach wie vor an Stellen tätig, an die er seiner geistigen Qualifikation entsprechend, nicht gehört: beim Heer, in der Verwaltung usw. Wo Provokationen rechtsgerichteter Kreise Formen annehmen, die die Leidenschaft des Volkes und seinen Abwehrwunsch entfesseln, steht der Adel nach wie vor an der Spitze, und die Reichswehr bietet ein hinreichend klares Bild von dem Schutze der deutschen Verfassung, die ihr durch die führenden Köpfe des Soldnerheeres gewährt wird.

Behrlose gilt es zu schonen. Wer in vorderster Front steht, nicht gedrängt durch die Ereignisse, sondern eigenem Willen folgend, muß Kritik vertragen, um vor den Augen des Ganzen dazustehen als das, was er ist. Der deutsche Adel ist sich immer gleich geblieben, und Goethes Wort von dem „Groß Ergehen, sich in den Geist der Zeiten zu versetzen“, gilt auch für diese Kategorie und ihre Vergangenheit. Im Jahre 1831 schreibt Heinrich Heine — von Paris aus — seine „Französischen Zustände“, die zugleich in ihrer Betrachtung deutscher politischer Verhältnisse auch für die Generation der Gegenwart von bleibendem Interesse und Wert sind. Es sei betont, daß die nachfolgenden Zitate wörtlich Heines Schriften entnommen sind, denn angesichts der erstaunlichen Tatsache, daß schon damals ein Dr. Wirth um die Demokratie kämpfte, glaubt leicht entstehen, daß unsere Angaben nicht völlig glaubwürdig erscheinen. In einem Artikel der genannten Serie schreibt Heine:

„Noch immer, wenn ich meine deutschen Republikaner betrachte, reibe ich mir die Augen und sage zu mir selber: Träumst du etwa? Lese ich gar die „Deutsche Tribune“ und ähnliche Blätter, so frage ich mich: Wer ist denn der große Dichter, der dies alles erfindet? Existiert der Dr. Wirth mit seinem blanken Ehrenschwert? Oder ist er nur ein Phantastengebilde von Liech oder Zimmernann? Dann aber fühle ich wohl, daß die Poesie sich nicht so hoch verleiht, daß unsere großen Poeten dennoch keine so bedeutende Charaktere darstellen können, und daß der Dr. Wirth wirklich lebt und lebt, ein zwar irrender aber tapferer Ritter der Freiheit, wie Deutschland deren wenige gesehen seit den Tagen Ulrichs von Hutten.“

Weit bezeichnender für den weitschauenden Blick dieses politischen Dichters sind die nachstehenden Ausführungen, die der gleichen Schrift zunächst eingefügt waren, beim Druck aber fortfielen. Sie lauten:

„Ich kann mir's wohl vorstellen, daß die armen Fürsten jetzt in Deutschland ihre liebe Not haben, fast möchte ich sie deshalb bedauern. Aber ich muß gestehen, sie sind nicht ganz schuldlos. Sie haben die lange Friedenszeit unbenutzt vorübergehen lassen. Hätten wir während dieser Zeit Freiheit genossen, so wäre jetzt das Volk po-

stisch gebildet und unzugänglich allen demagogischen Künsten. Jetzt kann ein einziges eingeklemmtes Oktanblatt mehr Unruhe im Lande erregen, als in Staaten, wo man durch Pressefreiheit aufgeklärt und an leidenschaftliche Reden gewöhnt ist, eine ganze Bibliothek vermöchte... oh des kummervollen Irrtums! Ihr habt die wohlmeinenden Bauknechte, die Euren Thronen eine bessere Stütze geben wollten, nämlich das gesunde Volk, anstatt des alterfaulen Adels, diese habt Ihr gekränkt, wo nicht gar verfolgt. — Seht jetzt zu, wie Ihr mit jenen ungezügelter Zimmereuleuten fertig werdet, die nur die Art führen, mit den Republikanern!“

Wenn diese Worte Ende 1918 geschrieben wären, so hätten sie kaum anders lauten können. An dem Gegensatz von Volk und Adel hat sich auch heute nichts geändert und Heines Worte behalten ihre wirksame Kraft auch in einer Zeit, in der dank der Tatkraft des deutschen Volkes seine Fürsten zum Teufel gejagt sind.

In einer Zwischennote zu einem weiteren Artikel beschäftigt sich der Dichter (am 1. Oktober 1832!) aufs neue mit dem deutschen Adel und erklärt die Notwendigkeit, dieses Thema gründlich zu besprechen. Was er hierüber sagt, verdient gleichfalls im Wortlaut der Vergangenheit entziffert zu werden:

„Es ist mit dem deutschen Adel eine sehr schlimme Sache, alle Konstitutionen, selbst die beste können uns nichts helfen solange nicht das ganze Adeltum bis zur letzten Wurzel zerstört ist. Die armen Fürsten sind selbst in der größten Not, ihr schönster Wille ist fruchtlos, sie müssen ihren heiligsten Eiden zuwider handeln, sie sind gezwungen, der Sache des Volkes entgegenzuwirken, mit einem Worte: sie können den beschworenen Konstitutionen nicht treu bleiben, solange sie nicht von jenen älteren Konstitutionen befreit sind, die ihnen der Adel, als er seine waffenherrliche Unabhängigkeit einbüßte, durch die seidenen Künste der Courtisanerie abzugewinnen wußte; Konstitutionen, die als ungeschriebene Gewohnheitsrechte tiefer begründet sind, als die gedruckten Löschpapierverfassungen; Konstitutionen, deren Kodex jeder Krautjunker auswendig weiß, und deren Aufrechterhaltung unter die besondere Obhut jeder alten Hofstube gestellt ist.“

In dem gleichen Aufsatze beklagt Heine den Fürsten, der nicht imstande sei, jenes intrigengewohnte Korps zu beseitigen und wiederholt, daß uns alle geschriebenen Konstitutionen solange nichts helfen können, bis das Adeltum vom Grund aus vernichtet sei. Die Entwicklung ist anders gekommen, nicht der Adel, sondern die Fürsten sind beseitigt. Die Republik hat sich eine eigene Konstitution geschaffen; aber das Adeltum und die „Krautjunker“ versuchen noch heute, die Verfassung zu unterhöhlen und so den Boden für ihre neue Vorherrschaft zu errichten. Heute aber liegen die Zeiten anders als um 1830. Das Volk hat seinen Feind erkannt, und die Zeit ist nicht mehr fern, da der Adel seine Rolle ebenso ausgespielt hat wie die vereinigte Fürstentippe.

„Im Mittelpunkt der Leipziger Kongressdebatte steht das Streben zur sozialisierten Wirtschaft, zweifellos aber hat die Genossenschaftsbewegung ein Stück rationaler Sozialisierung geleistet. Sie zu fördern, gehört zu den Aufgaben der Gewerkschaften, und die Förderung darf nicht in dem Sinne verstanden werden, in dem ein dem Kongreß vorliegender Antrag die Genossenschaften ausschließlich zu einer Rückversicherungsanstalt für streikende Gewerkschaftler machen will. Kautsky hat einmal gesagt, die sozialistische Wirtschaft erscheine im Bild eines großen Konsumvereins, der auf die Verbraucherorganisation die Organisation der Produktion aufbaue. Das bedeutet doch: Konsumvereine und Gewerkschaften haben das gleiche Ziel und müssen im Zielbestreben sich gegenseitig fördern! In der Volkswirtschaft, einer aufblühenden Versicherungsgesellschaft, haben Genossenschaften und Gewerkschaften bereits eine gemeinsame Einrichtung geschaffen; jetzt erhebt man die Schaffung einer gemeinsamen Bank. Ausführung des Vorhabens wird der Gesamtbewegung dienlich sein, auch geistig. Die Gewerkschaften werden einen Partner erhalten, der die wirtschaftlichen Tatsachen auch als Unternehmer wertet, während umgekehrt der stärker auf die soziale Beeinflussung der öffentlichen Gewalten gerichtete Geist der Gewerkschaften den vom Händlergedanken angelegten Geist leitender Genossenschaftler reinigen könnte. Jetzt laufen Gewerkschaften und Genossenschaften nebeneinander her und arbeiten öfter einander entgegen. Z. B. in der Frage der freien Wirtschaft: Das neulich erschienene Jahrbuch des 3. D. K. bringt einen Hymnus auf den Segen der freien Wirtschaft, der allen Bedarf verbilligt habe! Die Verschlechterung der deutschen Balance allerdings ist übel, Fortbestand der Zwangswirtschaft aber hätte das Uebel noch vermehrt. In ihrer händlerisch ausgerichteten Denkart erkennen also die Genossenschaftler nicht einmal, daß eben die nur von Gewinninteresse angeleitete freie Wirtschaft am Sturz der Mark Schuld trägt. Gegen die Händlerweisheit der Führer regt sich in den Genossenschaften kräftiger Widerspruch, und erst recht erheben die Gewerkschaften ihre Stimme dagegen. Der Leipziger Kongreß wird bombardiert mit Anträgen gegen das tyrannische Treiben des Kapitalismus, ordnendes Eingreifen der öffentlichen Gewalt wird verlangt. Druck hinter die 10 Forderungen! tönt es immer wieder; der Bundesvorstand wird getadelt, weil er zu lau gewesen sei. Von diesem gesellschaftskritischen Geist, der die öffentliche Gewalt anruft, damit sie beim sozialen Neuaufbau kräftig zupacke, ist bei den Genossenschaften kaum ein Hauch zu spüren; die „Selbsthilfe“ ist ihr A und O, und dabei verpöhlen leitende Genossenschaftler nicht, daß diese Einstellung sie schließlich hinter Kreuznach zurückwerfen muß. Auch hier zeigt sich die oft beachtete Erscheinung, daß ausschließliche Beschäftigung in einer bestimmten Geschäftssparte einseitig macht und am Ende untauglich für ein einseitig ausschauendes und ausgreifendes soziales Wirken. Die Gewerkschaften sind geistig anders eingestellt, sehr breiten Kreisen der Gewerkschaftler täte jetzt sogar eine gehörige Dosis von der Nüchternheit und Sachlichkeit der Genossenschaftler not. Je mehr man in Leipzig sich bewußt ist, daß alle Kräfte der sozialen Bewegung, auch jene aus Nichtlohnarbeiterkreisen zur Erreichung des Zieles gebraucht werden, um so weniger wird das Verhältnis zu den Genossenschaften und natürlich auch zur Sozialdemokratie sich gestalten. Um ein einziges Spiel zu nennen: Wenn die Gewerkschaften die Wirtschaftsräte ausschließlich zur Vertretung der Arbeiter- und Unternehmergruppen gestalten wollen, so werden sie die Verbraucherorganisationen nicht an ihrer Seite haben. Und umgekehrt: Entschieden sich Eisenach für Verbraucherklammern nach Art der Handels- und Handwerkerklammern, also ohne organischen Einbau in die Wirtschaftsräte, so wird man, wie in der Frage der freien Wirtschaft gegeneinander arbeiten und sich gegenseitig schädigen.“

Nur gemeinsame Arbeit kann uns vorwärts bringen!

Marlohs Helfershelfer.

Ein Nachspiel zu dem Marloh-Prozess bildete eine Verhandlung vor dem Kammergericht in einem Strafprozeß, welcher gegen die Leutnants Hoffmann und Wehmeyer schwebte. Es war ihnen zur Last gelegt worden, sich gegen die Vorschriften des Militärstrafgesetzbuches vergangen zu haben, indem sie dem Oberleutnant Marloh Beihilfe zur Entfernung von der Fahne geleistet haben. Auf Veranlassung ihres Vorgesetzten, des Hauptmanns von Kessel, hatten S. und W. dem Oberleutnant Marloh 500 Mark und Ausweispapiere gegeben, damit er aus Berlin verschwinde. Zur kritischen Zeit hatte der Gerichtsherr gegen Marloh einen Haftbefehl erlassen. Auf die gegen S. und W. erhobene Anklage behaupten sie, auf Dienstbefehl ihres Vorgesetzten

gehandelt zu haben, welcher ihnen erklärt habe, Marloh müsse in vaterländischen Interesse verschwinden; W. wies insbesondere darauf hin, daß sein Vorgesetzter von den Geschworenen freigesprochen worden sei; er selbst könne mithin auch nicht verurteilt werden. Das Landgericht erkannte aber gegen jeden Angeklagten auf sechs Wochen Festungshaft und betonte, die Angeklagten haben gewußt, daß es sich um ein militärisches Vergehen handelte, dessen sie sich schuldig machten; dem Befehl des Hauptmanns von Kessel haben sie nicht nachkommen dürfen. Gegen ihre Verurteilung legten W. und S. Revision beim Kammergericht ein und erklärten, sie könnten nicht verurteilt werden, wenn sie den Befehl ihres militärischen Vorgesetzten befolgt hätten. Der Vertreter der Generalkaassanwaltschaft beantragte die Zurückweisung der Revision und ging dann auf, daß es sich nicht um einen Befehl in einer dienstlichen Sache handelte, welchen die Angeklagten hätten befolgen müssen; es sei vielmehr anzunehmen, daß die Angeklagten dem Oberleutnant Marloh Beihilfe zur unerlaubten Entfernung von der Fahne geleistet haben. Das Kammergericht hob die Vorentscheidung auf und wies die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an ein anderes Landgericht zurück, indem geltend gemacht wurde, die Angeklagten haben sich zwischen zwei Feuern befunden; einerseits wußten sie, daß der Gerichtsherr einen Haftbefehl gegen Marloh erlassen habe; andererseits waren sie von ihrem Vorgesetzten, dem Hauptmann von Kessel, aufgefordert worden, Marloh verschwinden zu lassen, da es im vaterländischen Interesse liege, wenn Marloh zurzeit nicht abgeurteilt werde. Es müsse geprüft werden, ob sich die Angeklagten unter den obwaltenden Umständen haben

für befreit erachten können,

Marloh zur Flucht zu verhelfen, und haben annehmen können, im Hinblick auf das vaterländische Interesse keine strafbare Handlung zu begehen.“

Hoffmann und Wehmeyer werden nun natürlich freigesprochen werden. Unsere Feststellung, daß die Justiz unter irgendwelchen Vorwänden reaktionäre Verbrecher einfach nicht bestraft, findet in der Entscheidung des Kammergerichts eine erneute Stütze. Ob die Herren wie in Diegitz Kanonen stellen, ob sie, wie im Fall Marloh, stehbrieflich Verfolgten zur Flucht verhelfen — immer entbehrt die Justiz eine Hinterlist, durch die auch bei ganz offensichtlichen Vergehen die Angeklagten entschüpfen. Es gehört ja schon allerhand dazu, in der Flucht des Retrospektors Marloh ein „vaterländisches Interesse“ zu sehen. Aber selbst dann: Nach welcher Bestimmung des Strafgesetzbuches sind im vaterländischen Interesse begangene an sich strafbare Handlungen straffrei? Was den Befehl des Vorgesetzten anbelangt, so muß doch entweder der Vorgesetzte oder der Untergebene (wenn nicht beide) die Verantwortung für die Tat tragen. Die Justiz aber entscheidet dahin, daß der

Vorgesetzte straffrei ist, weil er die Tat nicht persönlich ausgeführt, der Untergebene, weil er dem Vorgesetzten gehorcht hat. Im äußersten Fall wird ein „Missverständnis“ zwischen beiden konstruiert. Und bei dieser Art Rechtsprechung wundern sich die Herren, daß die Entrüstung gegen sie zur Riesenhöhe anwächst!

Moskau fordert Verpflegungs-Milliarden.

In der „Freiheit“ lesen wir:

Die ausländischen Verteidiger im Prozeß der Sozialrevolutionäre in Moskau, unsere Genossen Liebknecht und Rosenfeld sowie der belgische Genosse Wanderveelde, sind in einem Landhause in der Nähe Moskaus einquartiert. Als Uebersetzer befinden sich in ihrer Begleitung der belgische Gen. Wauters und der lettische Genosse Rosendahl, die auch mit ihnen zusammen untergebracht sind. Den Weg zwischen Wohnung und Gerichtshof legen die Verteidiger und die Uebersetzer in halbständiger Autofahrt zurück, auf Schritt und Tritt begleitet von Agenten der Tscheka. Die Verpflegung ist gut, sogar sehr gut; vergebens haben die Verteidiger erjucht, sie einzuschränken. Für die erste Woche wurde den Verteidigern und Uebersetzern für ihren Unterhalt eine Rechnung präsentiert in Höhe von 15 Milliarden Rubel, gleich 750000 Mark! Als sie erklärten, außerstande zu sein, eine so enorme Summe zahlen zu können, wurde erwidert, dann möchten sie so viel zahlen als sie könnten.

Rußland verhungert — die Sowjetgrößen in Moskau aber bestehen darauf, daß den Ausländern mehr geliefert wird, als sie verlangen. Auch ein Zeitbild aus dem kommunistischen Rußland.

Das Volksbegehren in Sachsen.

Dresden, 20. Juni.

In der Zeit vom 6. bis 9. Juni lagen in ganz Sachsen die Eintragungslisten zum Volksbegehren zur Herbeiführung eines Volksentscheides über die Auflösung des Landtages auf. Um das Volksbegehren wirksam zu machen, muß gefehlt ein Zehntel der bei der letzten Landtagswahl Wahlberechtigten ihre Namen in die aufgelegten Listen eintragen. Dieses Zehntel beträgt rund 297 000. Die Parteien der Linken hatten ihre Anhänger aufgefordert, sich nicht am Volksbegehren zu beteiligen und sich nicht in die Listen einzutragen. Nach den bis heute abend vorliegenden Zahlungsergebnissen haben sich eingetragen: in Dresden von 407 000 Stimmberechtigten 115 000, in Plauen von 63 000 Stimmberechtigten 20 400, in Zittau von 20 500 Stimmberechtigten 6710, in Chemnitz von 190 000 Stimmberechtigten 55 198.

Genossenschaftstag und Gewerkschaftskongreß.

Am 19. Juni sind in Eisenach der Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, in Leipzig der Gewerkschaftskongreß zusammengetreten. Im neuesten Heft der „Glocke“ schildert Richard Wittich den außerordentlichen Aufstieg des von der Hamburger Großeinkaufsgenossenschaft unterstüzten Zentralverbandes (3. D. K.), der bereits einen Gesamtumsatz von 7 Milliarden Mark und eine Eigenproduktion von weit über 1 Milliarde Mark erzielt, während die Großeinkaufsgenossenschaft rund 2,5 Milliarden Mark umsetzte, eine Erhöhung der Mitgliederanteile auf 600 Mark steht, entsprechend der Umwertung aller Wirtschaftswerte in Kaschisch. Wittich fügt dann

Volkswirtschaft.

Diebmarkt.

Hamburg, 20. Juni.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachthofmarkt, wird mitgeteilt:

Rälbermarkt.

Es wurde gezahlt für 50 Kg. Lebendgewicht: Doppellender 4200—4500 M., feinste Rälber 3700—4000 M., mittlere Waikälber 3000—3600 M., geringere Rälber 2400—2900 M., mächtere Rälber 2200—2400 M. Zufuhr: 1784 Rälber.

Schweinemarkt.

Es wurde gezahlt für 50 Kg. Lebendgewicht: Beste Fette Schweine über 250 Pf. 5000—5100 Mk., mittelschwere Ware über 220 Pf. 4900—5000 Mk., gute leichte Ware von 180 bis 230 Pf. 4800—4900 Mk., geringere Ware 4300—4700 Mk., beste Sauen 4800—4900 Mk., geringere Sauen 4300—4700 Mk. Marktzufuhr: 2200 Schweine. Das Geschäft war lebhaft in allen Qualitäten.

Devisen-Kurse.

Berlin, 21. Juni.

Amlicke Devisennotierung an der Berliner Börse.

	20. Juni.	19. Juni.
Amsterdam	100 fl.	12209.70
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	2601.70
Kristiania	100 Kr.	5298.35
Kopenhagen	100 Kr.	6761.55
Stockholm	100 Kr.	8124.80
Helsingfors	100 finn. Mk.	678.15
Rom	100 Lire	1538.05
London	1 £	1400.70
New York	1 Doll.	319.10
Paris	100 Frs.	2731.55
Zürich	100 Frs.	6042.40
Madrid	100 Pesetas	4953.80
Wien	100 K.	2.05 1/2
Prag	100 K.	607.20
Budapest	100 K.	34.55

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 20. Juni. D. Modesta von Königsberg in 1 Tg., D. Rußland von Stettin in 1 Tg., D. Rirna von Flensburg in 2 Tg., D. Otto Jppen 23 von Warnemünde in 10 Std., D. Geimdal von Aarhus, D. Swanen aus Kopenhagen in 18 Std., D. Urania von Gutschar in 3 Tg., D. Eppes von Odensee in 20 Std., D. Navigator von Boms in 4 Tg.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber für Freistaat Lübeck und Freiwirtschaft Hermann Bauer; für Handel und Gewerkschaften August Schulz; für Infanterie Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck: Carl Schmidt & Co. Lübeck in 1920.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 21. Juni.

Die Republik für die Republik.

Sinnlos und wertlos gibt in der Weltbühne beachtenswerte An-
regungen zum Thema der Republikanisierung Deutschlands.

Die Republik ist noch nicht hinter die allereinfachsten Grund-
sätze der menschlichen Psychologie gekommen. Daß sie nicht immer
zu sein, wie wir möchten: das scheint bei ihrer Zusammen-
setzung kein Wunder. Aber daß sie die allereinfachsten Erforder-
nisse ihres Selbsterhaltungstriebs außer acht läßt — das ist
schwerlich.

Sie wird täglich und stündlich beschimpft und bespottet, ver-
höhnt und mißachtet. Heute sind Kino und Varieté, Gene-
ralanzeiger und Feste aller Art die Hochburgen revo-
lutionärer Propaganda und Politik. Und die Republik
schweigt.

Die Republik vergißt, daß das Leben der Menschen aus dem
Alltag schöpft, und das die meisten Ideen durch kleine, fast kaum
wahrnehmbare Sinneseindrücke suggeriert werden. Ein Witz im
richtigen Moment, eine Gabe an der richtigen Stelle, ein Film
in der richtigen Stadt — das ist alles viel wichtiger als Parla-
mentsreden, die kein Mensch liest.

Vom Erzbergermord über die Kronprinzen-Memoiren
bis zum Attentat auf Scheidemann ist keine Gelegenheit
ausgenutzt worden. Da waren tausend Dinge, die dazu hätten
dienen können, der republikanischen Sache durch die Unmündigkeit
und die Schlechtigkeit ihrer Gegner zu nützen. Nichts. Aber hier
ist der Hebel — hier, und nicht in langweiligen Staatschriften
oder Broschüren mit abstraktem Inhalt, hier und nicht in Publi-
kationen, die Leute bis zur Bewußtlosigkeit langweilen.

Mit pathetischen Maßlosigkeiten ist da nichts getan — und
mit langweiligen Zahlenreihen auch nichts. Wer auf andere
Leute wirken will, der muß erst einmal in ihrer Sprache mit
ihnen reden.

Was tut eigentlich die Republik für die Republik?

Der Defektiv im Fabrikbetrieb. Eine Berliner Defektivengesell-
schaft verspricht Briefe folgenden Wortlauts an Firmen im Reich:

Sehr geehrter Herr! Sie erleiden Verluste, die durch unser
Kontrollsystem leicht zu vermeiden sind. Wir sind bereit, Ihnen
zu helfen, unklare Elemente zu entfernen, falls
solche unter Ihrem Personal vorhanden sind. Zu diesem Zwecke
stellen wir Ihnen einen Beamten (Herrn oder Dame)
als Bureauangestellten, Arbeiter oder in sonst
einer Eigenschaft zur Verfügung. Dieser arbeitet nach
unserer Anweisung als Ihr Angestellter für Sie und Sie er-
fahren täglich alles das, was in Ihrem Be-
trieb passiert. Die Unkosten, die für Sie entstehen, sind
verhältnismäßig gering. Die Folge, die wir bei den ange-
gebenen Firmen erzielen haben, ist derartig, daß Sie in Ihrem
eigenen Interesse nach einem Versuch kündigt von unsrer Ein-
richtung Gebrauch machen werden. Sie sind durch zahlreiche
Anerkennungsschreiben belegt, welche letztere wir Ihnen auf
Wunsch gern im Original vorlegen. Wenn Ihnen ein unvor-
sichtiger Besuch genehm ist, so bitten wir um Nachricht.

Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß sich Firmen finden,
die sich eines solchen verkleideten Defektivs zur Bekämpfung ihrer
Arbeiter und Angestellten bedienen. Hoffentlich haben dann die
Arbeiter die Nase fein genug, um das Vorhandensein eines solchen
Horchpostens zu merken und diesen dann ans Licht zu holen.

Beisitzer des Versicherungsamtes. Nachdem auf Grund der
Wahlordnung für die Wahl der Versicherungsrichter als Bei-
sitzer des Versicherungsamtes für das Gebiet der freien und Hanse-
stadt Lübeck vom 6. August 1913 nur je eine Vorschlagsliste von
den Arbeitgebern und den Versicherten eingereicht worden ist,
findet eine Wahl nicht statt, vielmehr gelten die in diesen Listen
benannten, nachstehend aufgeführten Personen als gewählt:
a) Vertreter der Arbeitgeber: 1. R. Wetzelhoff, Geschäftsführer;
2. F. Scheithel, Malermeister; 3. A. Ren, Direktor; 4. W. Marcks,
Zimmermeister; 5. G. Hoffmann, Dr. phil., Syndikus, Hofhofen-
werk, Herrenhof; 6. G. Koch, Friseur. b) Vertreter der Ver-

sicherten: 1. M. Dells, Hofhofenarbeiter; 2. A. Rodfen, Geschäftsführer;
3. Chr. Zampfen; 4. G. Hoff, Eisenbahnarbeiter; 5. M.
Denkewitz, Dreher; 6. K. Hoff, Landarbeiter, Recke-Nienborf.
c) Stellvertreter der Vertreter der Arbeitgeber: 1. R. Kühler, Uhr-
machermeister; 2. D. Bohrmann, Geschäftsführer; 3. R. Bollert,
Gartenbauunternehmer; 4. A. Cieciorski, Bauarbeiter; 5. Th. Reese,
Tischlermeister; 6. G. Schetelig, Ingenieur; 7. F. Neeps, Bau-
arbeiter; 8. H. Wandte, Maurermeister; 9. R. Ewert, Schuh-
machermeister; 10. S. Henk, Landwirt, Büttowisch; 12. J. Westphal,
Buchhalter, Schwartau. d) Stellvertreter der Vertreter der Ver-
sicherten: 1. J. Bromer, Arbeiter; 2. A. Teckenburg, Schichthof-
arbeiter; 3. G. Groge, Schlosser; 4. E. Giers, Bäcker; 5. F. Höp-
ner, Arbeiter; 6. H. Gieseler, Arbeiter; 7. H. Puls, Bäcker; 8. W.
Gillsdorf, Bote; 9. H. Schmidt, Schmied; 10. J. Peters, Arbeiter;
11. D. Passarge, Maurer; 12. H. Salamon, Schriftföhrer.

Lübecker Beamtenbefolgungsfragen vor dem Reichsschieds-
gericht. Am 15. und 16. Juni hat das Reichsschiedsgericht auch
über einige Lübecker Befolgungsfragen entschieden. Lübeck hatte
unter anderem eine allgemeine Bestimmung getroffen, wonach ein
automatisches Aufstufen der Beamten stattfinden sollte, einmal in
10, dann in 15 Jahren. Der hiergegen auf Grund des Befolgungs-
gesetzes erhobene Einspruch des Reichsfinanzministers ist nach
Hamburger Blättermeldungen für begründet erachtet worden.
Das Reichsschiedsgericht hat das automatische Aufstufen gegen-
über den Bestimmungen der Reichsbefolgungsordnung und den
Grundsätzen, die für die Reichsbeamten gelten, für unzulässig er-
klärt, weil bei den Reichsbeamten nur eine Beförderung stattfindet.

Die Gefahren der hohen Altmaterialpreise für unsere Jugend
wurden vor einiger Zeit durch Mitteilungen des Nachrichten-
amtes auf Grund behauertlicher Vorgänge ernstlich betont. Da es
in der Bevölkerung bekannt ist, daß die Gemeinnützige Broden-
sammlung so gut wie ausschließlich mit unserer Schuljugend ar-
beitet, wurde in manchen Kreisen der Vermutung Ausdruck ge-
geben, daß schlimme Erfahrungen bei der Kinderarbeit der
Brodenammlung zu dem halbamtlichen Hinweis Veranlassung ge-
geben hätten. Das ist nicht so! Wiederholt hat sich der Wirt-
schaftsausschuß der Gemeinnützigen Brodenammlung mit der
Frage beschäftigt, ob die von der Sammelstelle zu zahlenden
Vergütungen für zugeführtes Altmaterial auf das Niveau der
Konjunkturpreise zu bringen seien. Der Ausschuß hat hiervon
grundsätzlich Abstand genommen, einerseits, um den verber-
lichen Reiz hoher Vergütungen anzuhalten; andererseits, um das
Unternehmen nicht auf eine spekulierende Grundlage zu stellen.
Die Folge dieses Entschlusses war eine nicht unbeträchtliche Ab-
wanderung von sammelnden Kindern, die vor allem Papier,
Metall, Haare u. a. nun den mit der Konjunktur arbeitenden
Stellen zuzührten. Die Erscheinung hat den Ausschuß in seiner
Stellungnahme nicht wachend machen können, zumal ihm eine
große Gefahr sammelnder Kinder fern blieb. Die Gemeinnützige
Brodenammlung gab für einlaufendes Sammelgut Preise, die
25 bis 50 % unter der Konjunkturkurve blieben. Wohl aber
verkaufte sie selbst zu Konjunkturpreisen, so daß der erhöhte
Nutzen, der sich aus dieser Geschäftsführung ergab, den sammel-
nden Kindern auf anderem Wege durch die Wohlfahrtsarbeit der
Gemeinnützigen Brodenammlung zufloß. Wichtig ist, zu wissen,
daß die für die Gemeinnützige Brodenammlung arbeitenden Kin-
der kein bares Geld ausgehändigt erhalten; die ihnen zustehen-
den Vergütungen, werden als Sparmarken, einzulösen in ein
Spargbuch, ausgeführt. Am Schluß eines jeden Kalenderjahres
werden die von den Kindern ersparten, inzwischen kontinuierlich
belegten Sammelvergütungen an die Eltern ausgezahlt. Von
den vielen hundert Kindern, die für die Gemeinnützige Broden-
ammlung sammeln, ist noch nie Diebstahl aufgeföhrt worden.
Die Bevölkerung wird gebeten, ihre Altmaterialien auch der
Sammelstelle der Gemeinnützigen Brodenammlung zuzuföhren zu
wollen, deren Organisation eine sichere Gewähr bietet, daß die
aus geordneten Beziehungen zum hiesigen Großproduktengand-
el erzielten Gewinne der schwer kämpfenden Kinder-Wohlfahrts-
pflege zuströmen.

Schöffengericht.

Die kleinen Brode. Am Dienstag standen die Bäder-
meister Salfian und Waack, sowie der Kaufmann Jock vor dem
Schöffengericht, weil sie Markenbrot, welches nicht das volle Ge-
wicht hatte, hergestellt resp. verkauft haben. Ende Februar und
Anfangs März d. J. wurde festgestellt, daß die Angeklagten Brot
verkauften, das amstet 1900 Gramm festwogte nur 1700 Gramm

wog; also ein Untergewicht von 100 bis zu 200 Gramm hatte.
Es wurde daher gegen die Beschuldigten Anklage wegen Betruges
erhoben. Die beiden Bädermeister erklärten in der Verhandlung,
daß ihnen festliche Betrugsabsicht ferngelegen habe. Sie seien
verpflichtet, aus einem Saß vom Landesverorgungsamt geliefer-
ten Mehls 70 Brode zu backen. Um diese Menge herauszubekom-
men, hätten sie nicht mehr als 2000 Gramm Teig nehmen können.
Bei W. wurden bei 25 Broden ein Mindergewicht von durchweg
mehr als 100 Gramm festgestellt. J. hat ein Markenbrot, das
vom Angeklagten J. geliefert war und nur 1700 Gramm wog,
verkauft. Er hat das Brot ohne Marken, angeblich gegen Ver-
rechnung seiner eigenen Marken abgegeben und nach Feststellung
des Mindergewichts wieder zurückgenommen. Es soll mehrere
Tage alt und daher stark eingetrodnet gewesen sein. Der Bäder-
meister W. führt den großen Gewichtsverlust auf außergewöhnliche
Umstände zurück. Er will das allgemein übliche Quantum Teig
genommen haben. Zwei Sachverständige erklärten, daß zur Er-
zielung des vollen Gewichts durchweg 2050 Gramm Teig nötig
seien. Ein größerer Gewichtsverlust könne aus mancherlei Ur-
sachen eintreten. Doch sei ein Verlust von 200 Gramm kaum den-
kbar. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hielt W. und J. des
Betruges und J. des Betrugsversuchs für überführt. Er bean-
tragte gegen die beiden Bädermeister je 1000 Mk. und gegen J.
300 Mk. Geldstrafe. Das Gericht verurteilte W. zu 1500 Mk.
Geldstrafe, sprach aber die beiden anderen Angeklagten frei.
Bei diesen hielt es eine schuldhaftige Handlung nicht für
erwiesen. Dagegen, so wurde in der Urteilsbegründung u. a.
gesagt, mußte W. der 7 Zentner Mehl verbackte, sich klar sein,
daß seine Brode von dem genommenen Teigquantum nicht das
volle Gewicht erreichen würden. Er durfte einen evtl. Verlust
nicht auf das Publikum abwälzen, sondern hätte sich in solchen
Fällen an das Landesverorgungsamt wenden müssen. Die Ver-
braucher müßten unumkehrbar vor Schaden geschützt werden, da der
Preis sehr hoch sei. — Speckdiebe. Die vorbestraften Ar-
beiter K. und J. werden beschuldigt, anfangs Mai d. J. einem
Schloßmeister in Fadenburg und einem hiesigen Bahnbeamten
Schinken und Speck im Werte von 8450 Mk. gestohlen zu haben.
Ein K. verhaftet werden sollte, legte er sich zur Wehr und bedrohte
einen Kriminalbeamten mit einem Revolver. Die Beschuldigten
sind nur teilweise anständig. Sie wollen nicht alle fette Beute
untenverlassen haben. K. erhielt wegen Rückfallbetrugs und Wider-
standes gegen die Staatsgewalt 1 Jahr Gefängnis. Es hielt ihn
nur eines Diebstahls für überführt. J., der auch noch eine Unreue-
pistole im Besitz hatte, erhielt insgesamt 1 Jahr 6 Monate und
1 Woche Gefängnis. — Eine schlechte Freundin. Das
mehrfach vorbestrafte Dienstmädchen W. lernte auf der Eisenbahn-
fahrt nach Lübeck ein Fräulein B. aus Flensburg kennen. Beide
wollten in Lübeck Stellung suchen. Als letztere in ein Haus gehen
wollte, um sich vorzustellen, übergab sie der W. ihre Tasche, bis
sie wieder zurück kam. Bei ihrer Rückkehr mußte sie die unange-
nehme Entdeckung machen, daß die gute Freundin mit der Tasche,
die auch ihre Papiere enthielt, verschwunden war. Sie war schlei-
chrig zum Bahnhof gegangen und hatte auch noch den dort stehen-
den Koffer der B. sich angeeignet. Die Angeklagte trat dann
unter dem Namen B. auf und wurde auch wegen des Kofferdieb-
stahls unter diesem Namen seinerzeit vom Schöffengericht ver-
urteilt. Inzwischen hat sich aber der ganze Schwindel heraus-
gestellt. Die Angeklagte wurde einschließl. der früher gegen sie
erkannten Strafe zu 10 Monaten 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

Der Konflikt auf der Oelmühle in Siems.

Unter Berufung auf den § 11 des Preßgesetzes erhalten wir
von den Rechtsvertretern der Lübecker Oelmühle folgende
Berichtigung:
In einem von der Ortsverwaltung des Fabrikarbeiter-
verbandes unterzeichneten Artikel mit der Überschrift „Aus-
wertung der Arbeiterschaft der Lübecker Oelmühle vom 6. C.
A. Amnus u. G.“ in der Nummer dieser Zeitung vom 16. Juni
wird der Wahrheit zuwider von einer Auswertung und davon
gesprochen, daß die Direktion ihrerseits den Betrieb geschlossen
habe. Die Direktion hatte sich geweigert, über die Frage außer-
tariflicher Lohnzuschläge mit dem gesamten Betriebsrat zu
verhandeln mit der Begründung, daß es den Betrieb zu sehr häre,
wenn gleichzeitig die sämtlichen Mitglieder des Betriebsrates ihre
Arbeit verließen, das Bestehen des Betriebsrates auch unzu-
länglich und ungewisshaltig sei, indem nach § 26 des Betriebsratgesetzes

Antje Möller

Ein Roman aus Schleswig-Holstein von R. von der Eider.

21. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Ich weiß es nicht,“ sagte Dreesohm, und Antje sah, daß er
nicht lag.
„Sie diente dazumal in Lönning bei einer feinen Herrschaft.
Ein feiner Herr muß es gewesen sein, denn für einen gewöhn-
lichen war Mirken nicht zu haben. Aber ein armer Schinder
war es sicherlich, denn sie hat nicht einen roten Pfennig von ihm
bekommen. Was ich ihm aber am meisten verdanke, ist, daß er
sich nicht einmal mehr nach ihr oder seinem Kinde umgesehen hat.“

Still war es in Antjes Stubchen, der Alte ging auf einen
Augenblick in die Küche.

Als er wieder zurückkam schüchtern seine Augen das Dunkel;
an seiner Rocktasche hing ein Zipfel seines rotbraunen alten
Taschentuches, als ob er dieses vor einem Augenblick gebraucht
hätte.

Antjes schwere Stunde kam und ging vorüber. Sie lag weilt
und bleich in ihren Kissen, geheiligt und entzündet durch die Mit-
schmerzen. Neben ihr, in einem Körbchen, lag ihr Sohn; ihr
Sohn, der, wie sie mit banger, vorahnender Freude sah, einst
über dies kleine Haus herauswachsen würde. Dreesohm stief hin
und her; er war nicht mehr Herr in seiner Wohnung. Lokfmet-
sche, die weiße Frau, und Nafse Jansen, Kristian Rahwers Frau,
wirtschafeten in Stube und Küche umher. Sie klapperten mit
Töpfen und Kellen, holten ihm seine Sachen unter den Händen
hart und stellten alles auf den Kopf.

Da blieb dem Meister Taufendkünstler nichts weiter übrig,
als sich in seine Künstlerdecke zu vertiefen und über seine Arbeit
sich stillen Betrachtungen hinzugeben. Nafse Jansen blieb Antje
eine mütterliche Freundin, die mit ihren guten Ratsschlügen nicht
zeigte. Auch Benedikta Jansen, Ditte genannt, kam öfter zu der
alten Schulfreundin; sie diente auf einem Hof in der Nähe Sim-
heds und hatte einen tüchtigen Knecht zum Schatz.

Am Frühjahr wurde die Hölerei von Antje Möller eröffnet.
Dreesohm hatte sich unendliche Mühe gegeben, den Laden nach dem
Wuster des Kaufmannsladens an der Ecke auszustaffieren. Er
hatte sich Bauer-Griehohms Pferd und Wagen geborgt und war
nach Hulum gefahren, um die Waren an gros einzukaufen. Als
er am Abend wieder zu Hause ankam, hatten er und Antje
genug zu tun, um alle Sade, Beutel und Tüten ins Haus zu
bringen.

Seite der Hausflur war ein schmales, kleines Fenster; eins davon
kam Kristian Rahwers zu, aber sie traten es bereitwilligst ab.
Dreesohm hatte selbst Regale gemacht und stellte hierauf nun zur
verlockenden Ansicht: einen großen Glasbehälter mit roten und
schneeweißen Bonbons, rechts einen kleineren mit buntgezeichneten
Pfeffermünzstangen, links einen mit dünnem Lakritz. Auf dem
zweiten Brett lehnte seitwärts eine noch unbefriedigere Tafel;
daneben stand eine geöffnete Schachtel mit Griffel, die mit Gold-
und Silberpapier eingewickelt waren. Dann kam ein Federkasten
mit buntgemaltem Deckel, ein Grogglas, in welchem Weisstifte
und Federhaken steckten, und an jeder Seite ein kleines Linten-
stüchchen. Neben dem ganzen stand ein Knaupfner Silber-
bogen, der in Kart und Bild die Geschichte von der schönen Gri-
felas darstellte.

Das zweite Schaufenster machte einen etwas würdigeren Ein-
druck. Da standen nebeneinander Hüfen mit Kameel Pfeffer,
Muskat und dergleichen, dazwischen Gläser, gefüllt mit Kaffee,
Reismehl, weißen Bohnen und Erbsen. Auf jedem Glas war ein
Zettel mit dem Preis geklebt. Auf dem untersten Brett stand noch
eine Kanne mit Sirup und eine mit Zucker, und dazwischen lag
ein Stück roter Toiletteife. So waren die Fenster nett
eingerichtet, und die Jungsens standen auf den Zehenspitzen davor,
drückten sich die Nasen am Fensterplatz und nahmen sich vor, den
ersten Pfennig, den sie zwischen die Finger bekommen würden, bei
Dreesohm umzufragen.

So gierlich wie die Fenster dekoriert waren, sah es auch im
Innern des Ladens aus. Es war alles wohlweislich und zweck-
entsprechend eingerichtet. Die Lombard hatte Glas Zimmermann
geliefert; sie war den Verhältnissen angemessen klein und enthielt
dabei eine Menge Schubläden. Auf der Lombard stand eine
Wiegenschele und daneben allerhand Gewichte; seitwärts hing die
selbstgeflochtenen Tüten.

Dreesohm erklärte Antje nun das Wiegen, er wog ihr ein
Pfund Kaffee und ein halbes Pfund Zucker vor; es funktionierte
alles großartig.

„Bist Du denn auch Kaufmann gewesen, daß Du alles weißt?“
fragte Antje.

Der Alte fandte einen wehmütigen Blick zur niedrigen Decke
empor.

„Ja, ein Kaufmann zu werden, war mein Leben lang mein
Ideal. Ich habe es aber nur zum Kaufburschen gebracht; aber ich
habe dabei immer ein bißchen um die Ecke geguckt, bis ich es weg
hätte.“

Dreesohm rekte sich. So, nun kann das Geschäft losgehen.
Er machte die kleine Haustür weit auf und stellte sich hinter die
Lombard.

Kristian Rahwer und Nafse waren unterdessen nicht untätig
geblieben. Wie eine lebendige Zeitung hatten sie es unter die Leute
gebracht, daß heute vormittag die Geschäftseröffnung vor sich
ginge.

Die erste Kundin, die schüchtern zur Tür hereintrat, war ein
kleines Mädchen aus der Nachbarschaft. Es kaufte eine Duppe
Zwirn für acht Pfennige und erhielt drei große Bonbons gratis.
Einige weniger große Pralinen kamen; ja, die Jungsens aus der reichen
Reihe opferten ihr Taschengeld. Nach und nach stellte sich noch
dieser und jener ein. Es wurde ernst; Antje mußte mit ein-
zureden, weil Dreesohm sich nicht mehr in seinem eigenen Laden
zurechtfinden konnte.

In seinem Korb lag der Junge und lächelte; es war ein kräf-
tiger Junge.

So erröthete Dreesohm auf seine alten Tage ein Geschäft
und auf diese Art kam Antje Möller über die schlimmste Zeit ihres
Lebens hinweg und lernte das Leben von einer ganz anderen
Seite ansehen.

Der kleine Junge gedieh. Er erhielt in der Taufe den Namen
Andreas nach seinem Onkel, Wormund und Paten. Die übrigen
Gewaitern waren Kristian Rahwer und Nafse. Diese und ihr
Schatz waren auch mit bei der Taufe.

Andreas bekam eine Wiege, die von Dreesohm aus einer Kiste
zurechtgezimmert worden war. Sie ging auf und nieder, wenn man
mit den Zehenspitzen daran tippte. Oft sah Antje neben der
Wiege, frickte an einem winzigen Strumpf oder Fädelchen und
sang dazu mit ihrem feinen, hohen Stimmen.

Das Wiegenlied, der Mutter kam ihr in den Sinn. Sie
mußte es singen, sie konnte nicht anders.

„Schlaf, mein Kindchen, schlaf,
Dein Vater war ein Graf,
Deine Mutter war ein köstlich Kind —“

Sie hielt inne. Wie mochte es weitergehen?
Das Kind wurde unruhig. Sie fing wieder an zu singen,
mechanisch, ganz in Gedanken verfunken, in den eigenen herrlichen
Gedanken.

„Schlaf, mein Kindchen, ein wenig.
Dein Vater war ein König.“

Antje Möller war Dichterin und Komponistin zugleich ge-
worden. Sie war es unendlich; was sie vor sich hinstellte, war
eigentlich nur ein Erguß ihrer jubelnden Seele. Mit großen,
wachen Augen sah das Kind sie an, als verstände es, was sich im
Nachsten Tönen von der Mutter Lippen brach.

